



**FW/ÖDP-Fraktion des Bezirksausschusses 14
für den Stadtbezirk Berg am Laim**

An den Bezirksausschuss 14
der Landeshauptstadt München
z.Hd. des Vorsitzenden Alexander Friedrich

München, 10.10.2020

Antrag zur BA 14 Sitzung am 27.10.2020

**Durchführung digitaler Online-Bürgerinformationsveranstaltungen, solange keine
Bürgerversammlung stattfinden kann – digitale Bürgerversammlungen ermöglichen**

Solange Corona bedingt keine klassischen Bürgerversammlungen stattfinden können, soll es zumindest ersatzweise zeitnah je Stadtteil eine digitale Online-Bürgerinformationsveranstaltung als Livestream und OnDemand als Aufzeichnung geben.

Die Rechtsgrundlagen für die Abhaltung von Bürgerversammlungen sollen zeitnah so abgeändert werden, dass Bürgerversammlungen inklusive Bürgeranträge und -abstimmungen auch ganz oder teilweise digital durchgeführt werden können.

Begründung:

Im Stadtteil stehen große Veränderungen an wie z. B. die massive Bebauung des Truderinger Ackers oder das Stadtwerke-Hochhaus auf dem ehem. Michaeli-Busbahnhof. Corona-bedingt mussten die im Oktober anstehenden Bürgerversammlungen in den Stadtteilen Hadern, Trudering-Riem, Sendling-Westpark und Ramersdorf-Perlach abgesagt werden. Damit fällt die für die Demokratie zentrale Bürgerbeteiligung bis auf Weiteres aus. Dabei schreibt Artikel 18 der Bayerischen Gemeindeordnung jeder Kommune vor, "mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Gemeinderats auch öfter, eine Bürgerversammlung zur Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten einzuberufen".

Da eine schnelle Digitalisierung der Bürgerversammlungen aufgrund der notwendigen Änderungen der Rechtsgrundlagen nicht möglich ist, sollen stattdessen zeitnah wenigstens digitale Online-Bürgerinformationsveranstaltungen stattfinden, bei denen die Bürger nach den Vorträgen der städtischen Referenten, Polizei und MVG live per Chatfunktion Fragen stellen können.

Damit Bürgerversammlungen auch ganz oder teilweise digital stattfinden können, soll sich die Stadt beim Freistaat Bayern für eine dahingehende Abänderung der Rechtsgrundlage einsetzen. Alle stimmberechtigten Münchner Bürgerinnen und Bürger sollen hierzu vom Kreisverwaltungsreferat eine persönliche Onlinekennung erhalten. So soll die elektronische Einreichung von BV-Anträgen in allen Stadtteilen und die Abstimmung über die Anträge während digitaler Bürgerversammlungen ermöglicht werden.

Initiative
Stefan Hofmeir (ÖDP)